Kantone = Cantons = Cantoni

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile**

Band (Jahr): **46 (1999)**

Heft 3

PDF erstellt am: **25.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

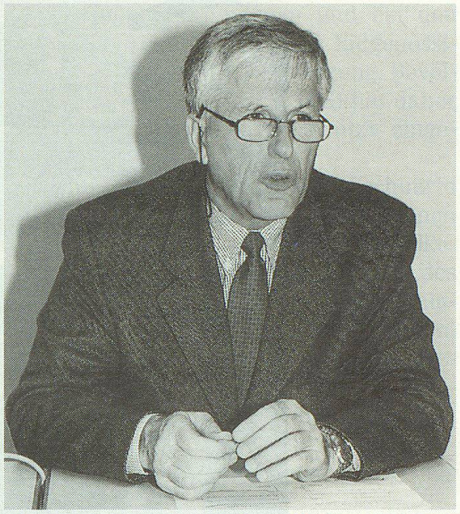
BASEL-LAND

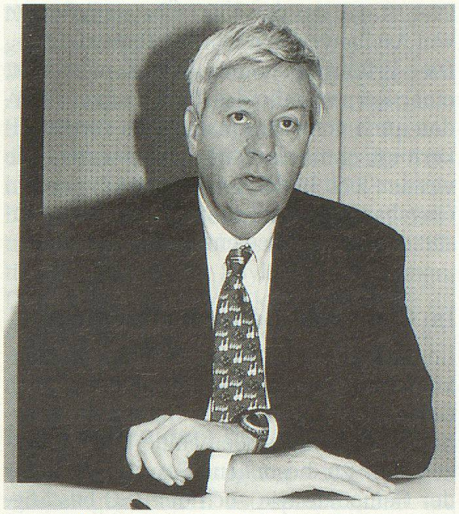
Baselbieter Regierung zog Bilanz in der Bewältigung der ausserordentlichen Lage im Asylbereich

«Der Zivilschutz hat hervorragende Arbeit geleistet»

BZS. Am vergangenen 13. Januar zog die Baselbieter Regierung eine Zwischenbilanz über die Bewältigung der ausserordentlichen Lage im Asylbereich. Sie konnte allen an der Bewältigung des Flüchtlingsstroms und insbesondere den beteiligten Zivilschutzorganisationen Anerkennung und Dank für die ausserordentlich gute Leistung aussprechen.

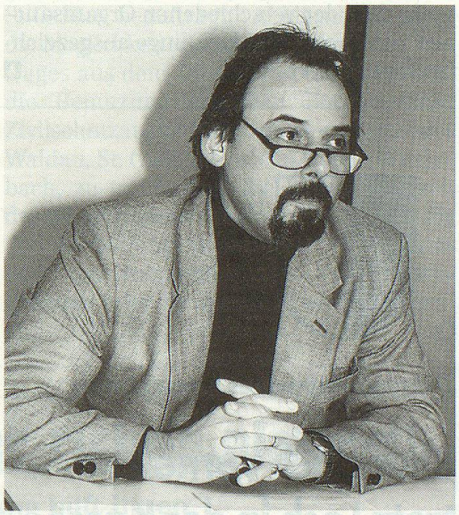
Ausserordentliche Situationen verlangen nach ausserordentlichen Massnahmen. Angesichts des im vergangenen Spätherbst sich abzeichnenden grossen Zustroms von Asylbewerbern bereitete man sich in Basel-Land auf die Aufnahme von rund 1000 zusätzlichen Flüchtlingen vor. Ein vorsorglich ins Leben gerufener Koordinationsstab unter der Leitung von Marcus Müller, Leiter des kantonalen Amtes für Bevölkerungsschutz, erarbeitete ein Konzept für die Aufnahme der Flüchtlinge. Die Regierung ordnete in einer ersten Phase die Bildung von kantonalen Auffangzentren in Binningen, Münchenstein, Aesch, Niederdorf, Sissach und Laufen an. Hier sollten die Flüchtlinge mit professionellen Betreuern und unterstützt vom Zivilschutz die Flüchtlinge solange betreuen, bis die Asylbewerber in den Gemeinden ordentliche Unterkünfte beziehen konnten. Zu diesem Zweck wurden die Gemeinden beauftragt, sich für eine Aufnahmequote von 1,6 Prozent mit einer Option von sogar 2,0 Prozent der Bevölkerung vorzubereiten. Da der Zustrom von Flüchtlingen indes mit knapp 600 weit unter den Erwartungen geblieben ist, mussten lediglich die Zentren in Binningen und Münchenstein eröffnet werden. Da sich die Lage in der Zwischenzeit weiter beruhigt hat, steht das vorläufige Ende der als ausserordentlich erklärten Lage bevor. Allerdings arbeitet der Koordinationsstab weiter, um bei einer nicht auszuschliessenden Verschlechterung der Lage auf alle Eventualitäten gefasst zu sein.





Die Regierungsräte Belser (links) und Koellreuter stellten den Gemeinden und auch dem Zivilschutz ein ausgezeichnetes Zeugnis bei der Bewältigung der ausserordentlichen Lage im Asylbereich aus.

Marcus Müller, Leiter des kantonalen Amtes für Bevölkerungsschutz und gleichzeitig Leiter des Kantonalen Koordinationsstabes, stellte die Planung, Koordination und den Einsatz sicher.



Jürg Bühler, Chef der ZSO Münchenstein (Foto), und Rainer Schaub, Stabschef a. i. Gemeindeführungsstab Binningen, stellten Erfahrungen bei der Flüchtlingsbetreuung vor und berichteten insbesondere auch über den gut gelungenen Einsatz des Zivilschutzes.

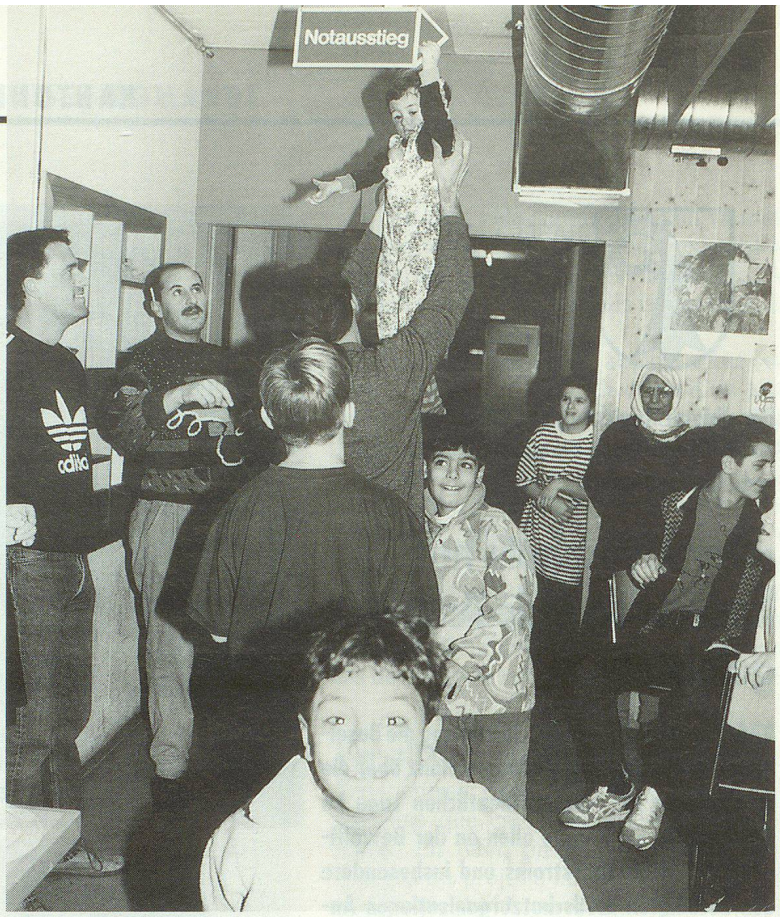
Sowohl in Binningen wie auch in Münchenstein wurde die Zivilschutzorganisation vor die nicht leichte Aufgabe gestellt, kurzfristig die Betreuung zahlreicher Flüchtlinge sicherzustellen. Rainer Schaub, Stabschef a. i. des Gemeindeführungsstabes von Binningen und Jürg Bühler, Chef der ZSO Münchenstein, berichteten auf eindrückliche Art, wie man sich auf diese Aufgaben vorbereitete und sie auch mit grosser Kompetenz bewältigte, was die beiden Regierungsräte Eduard Belser und Andres Koellreuter auch ausdrücklich lobten und verdankten. In den beiden Zentren haben die Zivilschutzorganisationen zusammen mit professionellen Betreuern, mit den Behörden, der Polizei und den Organen des Gesundheitswesens eng zusammengearbeitet. Betreut wurde nach dem Prinzip «Hilfe zur Selbsthilfe». Die Zivilschützer waren hoch motiviert, was sich unter anderem auch in einer äusserst geringen Dispensationsquote ausdrückte. Dank einer sehr guten Information der Bevölkerung fanden die Betreuer bei der Bevölkerung grosses Verständnis und Unterstützung. Deshalb verwundert es auch nicht, dass ein kleiner Aufruf genügte, um wahre Berge von Kleidern und anderen nützlichen Waren zu erhalten, die den Flüchtlingen abgegeben werden konnten.

Die Zivilschützer dieser beiden Zivilschutzorganisationen leisteten rund 800

Diensttage. An die 4500 Übernachtungen von Asylbewerbern wurden registriert.
Die Erfahrungen im Betreuungsdienst, einer Kernaufgabe des Zivilschutzes, wurden auch vom kantonalen Amt für Bevölkerungsschutz laufend ausgewertet. Sie werden jetzt in die Ausbildungsunterlagen eingebaut. So wird man für künftige Einsätze dieser Art bestens vorbereitet sein.

Im Gemeinde-Betreuungszentrum

Im Anschluss an die eigentliche Medienkonferenz hatten die Journalisten noch Gelegenheit, ein von der Gemeinde Arlesheim betriebenes Gemeinde-Betreuungszentrum zu besuchen. Sowohl Vertreter der Gemeinde wie auch der ZSO bestätigten die auch in Binningen und Münchenstein gemachten Erfahrungen. Die familiäre Atmosphäre im Arlesheimer Zentrum legt Zeugnis davon ab, dass die Zusammenarbeit der verschiedenen Organisationen zum Wohl der Flüchtlinge ausgezeichnet funktioniert.



Familiäre Stimmung im Gemeinde-Betreuungszentrum in Arlesheim.

FOTOS: BZS

LUZERN

Zivilschutzverband des Kantons Luzern

Blick nach vorne trotz Loch in der Kasse

rei. Nur gerade zwei Dutzend der rund 400 Mitglieder des Zivilschutzverbandes des Kantons Luzern (ZVKL) besuchten die diesjährige Generalversammlung im regionalen Zivilschutz-Ausbildungszentrum Schötz. Trotz des wegen Unregelmässigkeiten entstandenen Lochs in der Kasse will der Verband seine vor allem auf die Weiterbildung ausgerichtete Tätigkeit fortsetzen.

Den lokalen Medien bot die Verfehlung des langjährigen Kassiers einiges an Stoff für ihre Berichterstattung. Der Vorstand des ZVKL mit Präsident Hanspeter Bättig an der Spitze tat in dieser Situation das einzig Richtige, indem er offen über die unerfreuliche Situation infomierte. SZSV-Zentralpräsident Willy Loretan bemerkte, er besuche die Generalversammlung nicht als Gläubigervertreter, sicherte jedoch eine begrenzte Hilfestellung des Schweizerischen Zivilschutzverbandes SZSV zu. Er liess auch durchblicken, dass der ZVKL nicht die einzige Sektion ist, die wegen fragwürdiger Manipulationen des Kassiers in Schwierigkeiten geraten ist. Loretan will jedoch vorab das Positive sehen und würdigte die engagierte Tätigkeit der Luzerner Sektion, die eine der aktivsten im Lande sei. Der Schweizerische Zivilschutzverband werde von starken Kantonalverbänden getragen, betonte der Zentralpräsident und forderte einmal mehr zu einer Bündelung aller Kräfte und zur engen Zusammenarbeit mit benachbarten Verbänden auf. Loretan: «Wir können uns eine Zersplitterung nicht mehr leisten.»

In einer Übergangsphase

Der Zivilschutz des Kantons befinde sich in einer Übergangsphase, berichtete der für den Zivilschutz zuständige Regierungsrat Ulrich Fässler. Allerdings geschieht dieser Übergang zum topmodernen Bevölkerungsschutz in genau definierten Schritten. 1998 wurden die Vorarbeiten für eine klare Ausgangslage geschaffen. 1999 werden die einzelnen Massnahmen hinsichtlich der Personalpolitik, der künftigen Infrastruktur und weiterer Teilbereiche an die Hand genommen. Fässler: «Wir wollen fit werden für die Katastrophen- und Nothilfe. Diese Aufgabe kann jedoch nur partnerschaftlich und mit einvernehmlichen Lösungen bewältigt werden und erfordert bei allen Beteiligten äussere und innere Beweglichkeit.»

Thüring: kein Flickwerk

Aus der Sicht des Bundes informierte BZS-Direktor Paul Thüring. Unter der Leitung von Koordinator Peter Schmid sei das Projekt «Bevölkerungsschutz 200X» sehr gut angelaufen, sagte Thüring, der sichtlich motiviert schien. Vorerst gelte es, die derzeit möglichen und wünschbaren Optimierungen umzusetzen. Kantone und Gemeinden hätten dafür genügend Freiraum. Thüring gibt sich damit jedoch nicht zufrieden. «Wir müssen etwas Neues schaffen», betonte er. «Das wiederum erfordert eine Verfassungsänderung, sonst gibt es nur ein Flickwerk.» Für Thüring darf der in die Wege geleitete Reformprozess keine Fragen offen und keine anstehenden Probleme ungelöst lassen.

Viel Prominenz

Der Zivilschutz, der sich zum partnerschaftlich orientierten Bevölkerungsschutz wandelt, steht offenbar im Brennpunkt des Interesses von Politikern und Entscheidungsträgern. Das dürfte mit ein Grund dafür gewesen sein, dass nebst den erwähnten drei Persönlichkeiten weitere «Prominente» die Generalversammlung besuchten, unter ihnen Nationalrat Josef Leu, der kantonale Feuerwehrinspektor Hans Rüttimann und der Kommandant der Kantonspolizei Luzern, Oblt Jörg Stocker. Für einmal eine ruhige Stunde in der Rolle des stillen Zuhörers konnte der kantonale Amtsvorsteher Hermann Suter geniessen.

ST.GALLEN

Projektgruppe Umnutzung Zivilschutzausbildungszentrum Waldau eingesetzt

Zivilschutzausbildung wird weiter konzentriert

pd. Mit einer differenzierten, auf die Katastrophen- und Notfallhilfe konzentrierten Ausbildung wird der Zivilschutzausbildungsbedarf im Kanton St.Gallen künftig auf etwa einen Drittel gesenkt. Nach der Jahrhundertwende wird dafür nur noch ein Ausbildungszentrum benötigt. Nachdem Ende Jahr das Zivilschutzausbildungszentrum Altstätten geschlossen wurde, hat die Regierung nun eine Projektgruppe beauftragt, neue Nutzungsmöglichkeiten für das Zivilschutzausbildungszentrum Waldau, St.Gallen, vorzuschlagen.

Seit der Zivilschutzreform 95 zeichnen sich in drei Bereichen grundlegende Änderungen ab: bei der sicherheitspolitischen Lage (Chancen, Risiken und Gefahren), bei den verfügbaren Finanzen und bei den personellen Ressourcen. Das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) hat daher das Projekt «Bevölkerungsschutz» eingeleitet.

Im Kanton St.Gallen wird der Zivilschutz in einem ersten Schritt mit verschiedenen Massnahmen, die das Projekt «Bevölkerungsschutz» und auch die im Rahmen des neuen Finanzausgleichs (NFA) vorgeschlagenen Massnahmen nicht präjudizieren, aber den Spielraum der geltenden Gesetzgebung nutzen, optimiert. Neben administrativen, personellen und baulichen Massnahmen fallen vor allem Anpassungen in der Zivilschutzausbildung ins Gewicht.

Zivilschutzausbildung optimieren

Eine differenzierte Ausbildung wird sich im wesentlichen auf die Katastrophen- und Nothilfe und die dafür vorgesehenen Schutzdienstpflichtigen konzentrieren. Eine sogenannte Aufwuchsfähigkeit soll dafür sorgen, dass der neue Bevölkerungsschutz seine Aufgaben auch in – zurzeit nicht sehr wahrscheinlichen – kriegerischen Konflikten in unserem Land wahrnehmen könnte. Mit dieser differenzierten Ausbildung und dem Projekt «Bevölkerungsschutz» wird der Ausbildungsbedarf im Kanton St.Gallen gegenüber den frühen Neunzigerjahren auf etwa einen Drittel gesenkt werden.

Die sich abzeichnenden grundlegenden Änderungen im Zivilschutz verlangen insbesondere Anpassungen in der Ausbildung. Eine weitere Konzentration der Ausbildung drängt sich auf. Ende 1998 wurde bereits das Zivilschutzausbildungszentrum Altstätten geschlossen. Es wird künftig als Zentrum für Asylsuchende dienen. Das kantonale Ausbildungszentrum in Bütschwil ist seit 1989 in Betrieb, das städtische in der Waldau in St.Gallen seit 1987.

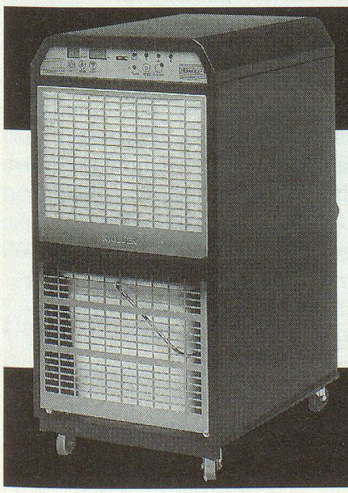
Kapazitäten dem Bedarf anpassen

Um die Ausbildungskapazitäten dem zukünftigen Bedarf anzupassen, hat die Regierung die Schliessung eines weiteren Zivilschutzausbildungszentrums nach der Jahrhundertwende beschlossen und eine gemeinsame Projektgruppe mit der Stadt St.Gallen beauftragt, Abklärungen über die Möglichkeiten einer Auflösung des Vertrages aus dem Jahre 1984 über den Bau, die Benützung und den Betrieb eines Zivilschutzausbildungszentrums in der Waldau, St. Gallen, sowie in Hofen, Wittenbach, zu treffen und die Verwendbarkeit des Schulgebäudes Waldau, St. Gallen, für die Ausbildungsbedürfnisse des Staates oder der Gemeinden, als Verwaltungsgebäude oder für andere Zwecke zu prüfen.

Im «ZIVILSCHUTZ» ist Ihr Inserat immer richtig plaziert!

Unsere kompetente, sach- und fachkundige Beratung hilft Ihnen bei allen Problemen rund um das Inserat!

Vogt-Schild Fachzeitschriften • Zuchwilerstrasse 21 • Postfach 748 • 4501 Solothurn
Telefon 032 624 75 20 • Telefax 032 624 75 13
Anzeigenleitung: Claudia Schildknecht • Verkauf: Barbara Stangassinger



Feuchtigkeit in Schutzräumen?

- Die neue Luftentfeuchter-Generation – vollautomatisch, robust, zuverlässig
- 11 Modelle für jeden Einsatz
- Kostenlose Feuchtigkeitsmessungen
- Seit über 60 Jahren bewährt

Senden Sie mir detaillierte Infos über Luftentfeuchter für Schutzräume:
Name:
Strasse:
PLZ/Ort:
senden an: Krüger + Co.AG, 9113 Degersheim SG

Krüger + Co.AG
9113 Degersheim SG, Telefon 071/372 82 82
Siebnen SZ, Zizers GR, Samedan GR, Dielsdorf ZH, Weggis LU, Grellingen BL, Münsingen BE, Forel VD, Gordola TI

KRÜGER

SOLOTHURN

Ohne Verbindungen geht gar nichts

Frauen in der Sicherheitspolitik

Dass schon etliche Frauen in der Sicherheitspolitik und in Sicherheitsorganisationen wichtige Plätze einnehmen und Funktionen erfüllen, ist zwar Tatsache, aber zuwenig bekannt. Im Kanton Solothurn besteht eine Vereinigung «Frauen im Dienst der Sicherheitspolitik». Sie besteht aus Frauen, die sich in (ehemalige?) Männerdomänen vorgewagt haben und im Bereich von Sicherheitsorganisationen, Wehrdiensten, Sicherheitspolitik usw. wichtige Funktionen ausüben, Plätze einnehmen.

MARK A. HERZIG

FOTO: M.A. HERZIG

Die Macherinnen des diesjährigen Candlelight-Dinners der solothurnischen Vereinigung «Frauen im Dienst der Sicherheitspolitik» (v. l.): Ursina Heimann (Zivilschutz), Madeleine Kläy (Rotkreuzdienst), Referentin Brigitte Rindlisbacher (AFO Abteilung Friedenserhaltende Operationen), Brigitte Tingueli (Feuerwehr), Christine Affolter (FdA Frauen der Armee).

«Als erstes brauchen wir Solidarität unter den Frauen und müssen ein Netzwerk aufbauen», betonte Verena Wyss, eine der Initiantinnen. «Unsere Frauen, die Spitzenpositionen einnehmen, müssen auch auf eine Basis zählen können, und diese Basis muss sich von den Spitzenfrauen ernstgenommen und vertreten fühlen», fuhr Verena Wyss in ihrem Statement uns gegenüber fort.

Sie betonte damit, wie wichtig formeller wie informeller Informationsfluss seien, daran kranke es bei den Frauen noch weitgehend und darauf sei vermutlich auch das Fehlen der Akzeptanz zurückzuführen. Echte Netzwerke (nicht «Vetterliwirtschaft») müssten aufgebaut werden. Dazu wurde «Frauen im Dienst der Sicherheitspolitik» ins Leben gerufen.

Die Vereinigung kommt ohne Statuten und Traktandenlisten aus, den «Vorstand» bilden die jeweiligen Organisatorinnen des Candlelight-Dinners. Dies ein weiteres Kennzeichen der Vereinigung: «Man macht es stimmungsvoll, in gediegenem Rahmen», worunter aber weder Ernsthaftigkeit und Tiefe der Diskussionen noch die Bereitschaft, Neues zu hören und lernen, leiden.

Erste Frau bei den UNMOP

Brigitte Rindlisbacher, Major im Rotkreuzdienst der Armee, berichtete in einem spannenden Referat über ihre Erfahrungen im Einsatz für die UNO. Nachdem die medizinische Laborantin für die Swiss Medical Unit in Namibia im Einsatz gewesen war, beschloss sie, sich ganz in den Dienst friedenserhaltender Massnahmen zu stellen, und trat in die entsprechende Abteilung beim Bund ein.

Die gebräuchlichen Abkürzungen stammen allerdings von der UNO; sie entbehren zwar in Englisch einer gewissen sprachlichen Logik nicht, sind jedoch nichtsdestotrotz für uns eher mühsam zu lesen und fördern die Übersicht – selbst und gerade bei der UNO – nicht. So heisst denn UNMO etwa United Nations Military Observer; UNMOP dasselbe mit der Ortsbezeichnung Prevlaka darangehängt, das F von FUNMOP stammt von Female für weiblich – womit das Kürzel schon fast komisch klingt.

In Österreich absolvierte Brigitte Rindlisbacher den Militärbeobachterkurs und wurde dann als erste (und einzige Frau) in den Einsatz nach Prevlaka an der Grenze zwischen Kroatien und Montenegro geschickt, was in der dortigen «reinen Männergesellschaft» nicht wenig Unsicherheit auslöste. So blieb ihr denn auch nicht erspart, wieder einmal durch Zusatzleistungen für Akzeptanz zu sorgen.

Sie ist überzeugt, dass Arbeit und Anliegen von Militärbeobachtern besser beurteilt werden können, wenn man über eigene Einsatzerfahrungen verfügt. Das hat sich auch in administrativer Hinsicht bestätigt, konnte Brigitte Rindlisbacher doch auch die Arbeit im UNO-Missionshauptquartier in Dubrovnik kennenlernen. An die Schwerfälligkeit der dortigen Entscheidungswege denkt sie nicht gerne zurück, wohl aber an den Einsatz auf Patrouille, bei der Beobachtung, den Kontakt mit anderen Menschen und Kulturen, ja selbst an den stinkenden Notstromdiesel. ▲

Fazit

mhs. Frauen nehmen wichtige Posten und Funktionen im sicherheitspolitischen Umfeld ein und erfüllen sie gut. Es sind noch (zu) wenige, und in aller Regel müssen sie ihre Akzeptanz durch Zusatzleistungen erkämpfen. «Frauen im Dienst der Sicherheitspolitik» im Kanton Solothurn ist eine eingeführte, effiziente Vereinigung mit einer schlanken Organisation.

Jedes Jahr kommen 50 und mehr engagierte Frauen zusammen, Schlüsselpersonen, Gatekeepers im wohlverstandenen Sinne des kommunikationswissenschaftlichen Wortes. Mit Ständerätin Rosmarie Simmen und Nationalrätin Ruth Grossenbacher haben zwei (bundes-)politische Schwergewichte die diesjährige Veranstaltung besucht, vertreten war auch die Dienststelle des Rotkreuzdienstes mit Major Heidi Keller. Sonst? Kantonspolitikerinnen? Fehlanzeige. Wie hatte Verena Wyss gesagt?

Netzwerke tun not, Solidarität ist gefragt. ▲

TICINO

25 anni dopo il primo intervento

Rapporto annuale a Locarno

Venticinque anni. Tanti ne sono passati dal primo intervento ufficiale della Protezione Civile nel Locarnese, nell'opera di spegnimento di un vasto incendio che ha interessato la collina sopra Locarno e Solduno. Con questo ricordo documentato da un filmato con le testimonianze di Guido Dellagana (allora comandante del Corpo pompieri) e Aldo Poncioni (ex capo OPC), si è aperto il 12 novembre 1998 l'annuale rapporto istruttori del Consorzio Protezione Civile Locarno e Vallemaggia. Da citare pure la presenza di Christiane Langenberger e di due rappresentanti della PCi italiana, i quali hanno presentato l'ente nella vicina penisola.

MORENO INVERNIZZI

La giornata, come detto, si è aperta con un filmato retrospettivo in ricordo del 25.mo anniversario del primo intervento della PCi nel Locarnese. In sala erano presenti, in qualità di ospiti, Emiliano Merlini (presidente del Consorzio), Bruno Pianta (per l'Ufficio federale) e Aldo Facchini (capo Ufficio cantonale PCi). Proprio Facchini si è soffermato sull'evoluzione dell'organizzazione, in modo particolare negli ultimi due lustri. «Una struttura che si è fatta molto apprezzare per razionalità ed efficacia», ha precisato, passando poi ad illustrarne il futuro: «Nel domani della PCi vi è il progetto di protezione della popolazione 200X». In altre parole si sta lavorando per affrontare il concetto a livello globale, in stretta collaborazione con tutti i partners. Secondo il nuovo concetto di difesa, i militi necessari saranno 14 mila (ossia il 30 per cento in meno circa rispetto agli attuali 20 mila).

L'anno degli anniversari

È poi toccato a Lorenzo Manfredi (capo istruzione), per i corsi, e a Raffaele Dadò fornire una panoramica generale sulla situazione regionale, una sorta di bilancio conclusivo di questo 1998. Sono stati dodici mesi di intenso lavoro, cominciato in gennaio con un intervento in aiuto al personale dell'istituto San Carlo di Locarno. Esercizi, corsi e interventi si sono poi susseguiti sull'arco di tutto l'anno. In particolare va segnalato in settembre, l'intervento della PCi in appoggio nel Malcantone per sopperire ai danni causati dal maltempo. Manfredi ha poi fornito una panoramica sulla situazione attuale dei militi locarnesi, e una proiezione di quelli necessari in vista del nuovo Concetto 3 cime. Un concetto introdotto poi da Raffaele Dadò, capo OPC Gridone, Vogorno, Lago e Basodino. Quattro nomi per altrettanti distaccamenti, a ciascuno dei quali verrà assegnata una zona d'intervento ben specifica. A questi distaccamenti se ne aggiunge poi una di assistenza (di cui due di salvataggio), una sezione di rinforzi alle Polizia, e una sezione per la protezione dei beni culturali (PBC). Grazie a questo snellimento, anche a livello di impianti è stato possibile ottimizzare le strutture richieste: accanto a quelli già esistenti a Lavertezzo e Minusio, se ne dovranno costruire uno a Lodano e uno a Locarno (per Stato maggiore, servizi e DIC). Dai 18 milioni preventivati per costruire gli impianti idonei secondo l'organizzazione PCi regionale del '95, con il Concetto 3 cime, secondo un preventivo accurato, tale importo dovrebbe aggirarsi attorno ai 10,5 milioni, con un risparmio pari al 42 per cento.

FOTO: ZVG

La relazione di Christiane Langenberger è stata molto interessante, anche se il suo finale ha lasciato l'amaro in bocca.

L'anno degli anniversari. Così si potrebbe definire il 1998 per il Consorzio di Locarno e Vallemaggia. Vent'anni fa difatti la Protezione civile fu chiamata in servizio per fronteggiare i danni provacati dalla famigerata alluvione del '78, che nella notte tra il 7 e l'8 di agosto sommerse di acqua, fango e detriti praticamente tutta la regione. Una catastrofe che è stata riportata alla memoria di tutti con la proiezione di un secondo filmato, con il ricordo di Aldo Poncioni.

Poi la dottoressa Patrizia Cologgi, coordinatore del Servizio di volontariato del Dipartimento della PCi italiana, ha presentato l'operato dell'ente nella vicina penisola, istituita ufficialmente nel '92: «Un impianto di solidarietà», come lo ha definito Patrizia Cologgi. «Mai come con la PCi in Italia si è avuto tanto consenso.» A livello organizzativo la PCi italiana punta ad una maggiore autonomia dei singoli comuni. Il dottore Elvezio Galanti, geologo capo sala operativa del Dipartimento della PCi italiana, ha poi illustrato i principali pericoli sul territorio nazionale. A destare le maggiori preoccupazioni sono in particolare le scosse telluriche e le eruzioni vulcaniche. Secondo uno studio è difatti emerso che il 36 per cento degli interi comuni è classificato a rischio sismico. Per le eruzioni vulcaniche, circoscritte in aree ormai note, sono già stati studiati gli eventuali piani di intervento. Se ad esempio il Vesuvio dovesse diventare attivo, la PCi italiana ha già elaborato un piano per evacuare 600 mila persone nel giro di una settimana.

Finito in qualche cassetto?

Il rapporto istruttori si è poi chiuso con la relazione di Christiane Langenberger, vice presidente dell'Unione Svizzera per la Protezione Civile nonché Consigliera nazionale. Quest'ultima ha riassunto l'incarico demandato alla sua commissione dal Consiglio federale: valutare la necessità di un eventuale servizio obbligatorio (in alternativa a quelli vigenti), e trattare la questione dell'incorporazione femminile nell'ottica dell'equità in materia di diritti e doveri. La commissione di studio, dopo attenta valutazione, è giunta alla soluzione che un ulteriore servizio obbligatorio, riportato all'attuale situazione, è alquanto utopico. Tuttavia, in futuro, al giovane dovrebbe essere lasciata libera scelta se prestare servizio in ambito militare, nella Protezione Civile, oppure ancora nei partner di salvataggio. «Un risultato, quello del nostro studio», ha concluso Christiane Langenberger, «che probabilmente è finito in qualche cassetto. Tuttavia, specialmente di questi tempi, è possibile che possa ritornare di attualità.»